

Kritik an „Ortsrandstraße Nord“

Hagenbach: Bürgerinitiative sieht in angedachter Trasse keine Lösung für Verkehrsprobleme im Ort

Von Andreas Betsch



Statt einer Ortsrandstraße hält die Bürgerinitiative ein „ganzheitliches Konzept für den Durchgangsverkehr“ für erforderlich. Hierzu gehöre ein verkehrssicherer Ausbau der Bienwald-B9. (Archivfoto: Iversen)

Als „Einladung für noch mehr Verkehr“ kritisiert die Bürgerinitiative (BI) Hagenbach Bestrebungen aus dem Stadtrat, eine „Ortsrandstraße Nord“ zu bauen. Für den Vorschlag der nicht im Rat vertretenen FDP, stattdessen die L 540 weit um Hagenbach vorbei zu führen (RHEINPFALZ vom 13. November), sei man „jederzeit gesprächsbereit“, so ihr Vorsitzender Karl-Wilhelm Groß.

„Natürlich ist auch die BI mit dem starken Durchgangsverkehr in Hagenbach, insbesondere in der Habsburger Allee und der Friedenstraße, alles andere als glücklich“, beginnt Groß seine Stellungnahme. Aber: „In keiner Weise“ löse der Bau der sogenannten „Ortsrandstraße Nord“ die Verkehrssituation. Damit werde lediglich eine Verlagerung der Verkehrsströme um 200 bis 300 Meter nach Norden erreicht.

Wie berichtet, war der Stadtrat am 8. November mit 19 Ja- bei einer Nein-Stimme dem gemeinsamen Vorschlag von CDU und Freien Wählern gefolgt, endlich die jahrzehntelang vorgesehene Umgehungsstraße zu bauen. Alle Verkehrsuntersuchungen kämen zum gleichen Ergebnis, hieß es im Rat: Nur mit dem Bau einer Umgehungsstraße erreiche man eine Verkehrsberuhigung. Das weitere Vorgehen wurde dort nicht besprochen – jedoch kam von der SPD der Vorschlag, möglichst bald einen Vorentwurf erstellen zu lassen, um auf Basis dessen die Gespräche mit den Einwohnern und der BI zu führen.

Groß kritisiert nun, „dass jetzt die gleichen Fehler begangen werden, wie sie bereits vor Jahren schon einmal gemacht wurden.“ Er meint den Bau der Habsburger Allee in den 80er Jahren, der Durchfahrtstraße nach Frankreich. Auch sie sei zur Entlastung des Verkehrs geplant gewesen, nämlich des Verkehrs der Friedenstraße. Heute trage die Habsburger Allee die Hauptlast des überörtlichen Verkehrs. „Was wir nicht wollen, ist eine zweite Habsburger Allee weiter nördlich“, schreibt der BI-Vorsitzende. Und bezeichnet die geplante Ortsrandstraße Nord als „Einladung für noch mehr Verkehr in Richtung Hagenbach.“

Statt dem Bau der Ortsrandstraße Nord hält Groß weiter ein „ganzheitliches Konzept für den Durchgangsverkehr“ für erforderlich. „Ein Konzept, das den überörtlichen Verkehr aus den Ortschaften fernhält.“ Hierzu gehöre die Realisierung eines verkehrssicheren Ausbaus der Bienwald-B9, wie ihn die Landesregierung seit 2011 zugesagt, aber nicht umgesetzt habe. „Denkbar ist aber auch eine Straßenführung mit weiträumiger Umfahrung an Hagenbach vorbei“, wie ihn die im Stadtrat nicht vertretene FDP vorgeschlagen hatte. Wie berichtet, plädiert deren Ortsgruppe dafür, die bisher durch den Ort führende L 540 weiträumig umzuleiten. „Für solche Konzepte ist unsere BI jederzeit gesprächsbereit“, so Groß dazu.

Die BI kritisiert den angedachten Bau der Ortsrandstraße Nord auch in Bezug auf das bereits in der Planung befindliche Baugebiet Nord V: „Mit einer derart deklarierten Erschließung setzt man den jungen Familien, die dort nach den Vorstellungen der Stadt einmal wohnen sollen, zugleich eine hochfrequentierte Straße vor die Türe.“

Auch an ihrer Kritik zu den „Nord V“-Plänen halten Groß und seine BI-Kollegen fest. Wie berichtet, gab es dazu im Oktober eine Protest-Veranstaltung im Fußball-Clubhaus, bei der eine Unterschriftenaktion gestartet wurde. Jetzt übergab die BI eine Liste mit etwa 120 Unterzeichnern an die Stadtspitze um Bürgermeister Franz Xaver Scherrer (CDU). In dem als „Bürgererklärung“ bezeichneten Papier heißt es, man sei mit der bisherigen Planung zum Neubaugebiet „nicht einverstanden“. Im Norden Hagenbachs gebe es viele Einwohner, die bei Umsetzung der Planungen „massive Beeinträchtigungen und Risiken“ fürchteten. „Das enorme Schadenspotenzial bei extremen Hochwasserereignissen und der damit verbundenen Gefahr für Leib und Leben ist bei den bisherigen Planungen nur ungenügend berücksichtigt“, so einer der BI-Kritikpunkte.

Stadtbürgermeister Scherrer sagte auf RHEINPFALZ-Anfrage, die BI-Kritikpunkte würden jetzt fachlich geprüft.